

Regierungspräsidium Tübingen
Referat 47.3 - Straßenbau Süd

Vereinbarung

zwischen

dem Land Baden - Württemberg,
vertreten durch das Regierungspräsidium Tübingen,
Referat 47.3 - Straßenbau Süd
- Straßenbauverwaltung -

und

der Gemeinde Grünkraut,
vertreten durch Herrn Bürgermeister Lehr
- Gemeinde –

über

**den barrierefreien Umbau der Bushaldebuchten im Zuge
der B 32 beim „Sonnenhof“ in Grünkraut - Gullen**

I. Allgemeines

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

- 1 Die Straßenbauverwaltung und die Gemeinde kommen überein, zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Verkehrssicherheit im Zuge der B 32 auf freier Strecke bestehende Bushaltestellen barrierefrei umzubauen. Die sich gegenüberliegenden Bushaldebuchten befinden sich auf freier Strecke der B 32 unmittelbar westlich der Einmündung B 32/ Schlierer Straße.

Lage der Maßnahme im Zuge der B 32:

VNK 8223 044 NNK 8224 010 ca. Station 1+230 bis ca. Station 1+300

- 2 Art und Umfang der Maßnahme bestimmen sich nach dem beigefügten Vorentwurf des Ingenieurbüros Marschall & Klingenstein vom 17.11.2020 einschließlich Zusammenstellung der Kostenschätzung.
- 3 Grundlagen der Vereinbarung sind das Fernstraßengesetz, das Straßengesetz Baden-Württemberg und die sonst für die Straßenbauverwaltung geltenden Vorschriften und Richtlinien.

§ 2

Durchführung der Baumaßnahme

- 1 Die Gemeinde führt die Gemeinschaftsmaßnahme im Benehmen mit der Straßenbauverwaltung durch. Die Gemeinde ist für die gesamte Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung, Abrechnung und Vertragsabwicklung zuständig. Folgende Teile der Baumaßnahme, die eindeutig abtrennbar sind, werden im Auftrag und für Rechnung der Straßenbauverwaltung bauvertraglich vergeben:
 - Barrierefreier Umbau der Haltestellenbuchten und Herstellung von Warteflächen

- 2 Grunderwerb ist notwendig. Die Gemeinde holt die erforderlichen Bauerlaubnisse ein. Darüber hinaus tätigt diese zu gegebener Zeit, in Abstimmung mit dem zuständigen Referat 41, den notwendigen Grunderwerb.
- 3 Im Rahmen der Planung stellt die Gemeinde einen Entwurf auf und führt die Anhörung der Träger öffentlicher Belange einschließlich Leitungsträger durch. Auch die Straßenbauverwaltung wird zur Maßnahme gehört. Es wird angestrebt, das Baurecht für die Maßnahme ohne förmliches Rechtsverfahren als Maßnahme von unwesentlicher Bedeutung im Sinne des § 74 Abs. 7 Verwaltungsverfahrensgesetz (mit Freistellungsentscheidung) zu erlangen. Die Gemeinde führt die Planung im Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung durch. Folgende Unterlagen sind aufzustellen:
- Aufstellen eines mit allen Beteiligten abgestimmten Bauentwurfs nach RE
 - Übersicht zu den Stellungnahmen TöB
 - Aufstellung der abgearbeiteten Punkte
 - schriftliche Zustimmung aller betroffenen Grundstückseigentümer (Bauerlaubnisse)
 - Kostenberechnung nach AKVS)
- Diese Unterlagen übersendet die Gemeinde der Straßenbauverwaltung (Referat 47.3). Die technische Genehmigung der Planunterlagen erfolgt durch Referat 47.3.
- 4 Werden gegenüber der von der Straßenbauverwaltung freigegebenen Planung Änderungen vorgenommen, hat die Gemeinde vor Ausführung die schriftliche Zustimmung einzuholen. Kommt es während der Bauausführung zu Abweichungen gegenüber der von der Straßenbauverwaltung freigegebenen Planung, ist die Straßenbauverwaltung berechtigt, das nach ihrem Ermessen Erforderliche auf Kosten der Gemeinde zu veranlassen.
- 5 Nach Beendigung der Bauarbeiten werden die Bauleistungen gemeinsam durch die Gemeinde und die Straßenbauverwaltung abgenommen. Die Gemeinde überwacht die Gewährleistungsfristen und macht Gewährleistungsansprüche gegen den Auftragnehmer geltend, und zwar auch namens der Straßenbauverwaltung, wenn sie gemäß Absatz 1 Satz 3 die Maßnahme in deren Auftrag vergeben hat. Nach Übergabe der Bauteile an die Straßenbauverwaltung teilt diese der Gemeinde etwa auftretende Mängel unverzüglich mit.

II. Kostenverteilung

§ 3

Kostenteilung

- 1 Die Straßenbauverwaltung trägt die Kosten für die Haltestellenbucht auf der Bundesstraße, die Anpassung des Radweges nordwestlich der Busbucht in Fahrtrichtung Wangen, die barrierefreie Umgestaltung der Warteflächen auf einer Länge von jeweils 15 m sowie die Anlage des Busbordes auf derselben Länge.
- 2 Die Gemeinde trägt die Kosten für die Gehwege, auch für jene, die als Zuwegung zu den Warteflächen der Bushaltestelle dienen. Sie trägt weiterhin die Kosten für die Straßenbeleuchtung und das Buswartehäuschen samt Möblierung.
- 3 Die allgemeinen Kosten der Baumaßnahme (u.a. Baustelleneinrichtung und –räumung, Freimachen des Baufeldes, Verkehrssicherung werden im Verhältnis der direkt zuweisbaren Baukosten zwischen den Kostenträgern Straßenbauverwaltung und Gemeinde aufgeteilt.
4. Die Gemeinde informiert die Straßenbauverwaltung über sämtliche Nachtragsforderungen. Nachtragsangebote, welche die Straßenbauverwaltung mit Gesamtkosten über 2.500 EUR belasten werden, sind vor der Verhandlung mit den Auftragnehmern mit allen zur Prüfung notwendigen Unterlagen für eine Nachtragsbegründung und Preisprüfung (mit Urkalkulation, Angeboten, Rechnungen) geprüft bei der Straßenbauverwaltung einzureichen.
Die Straßenbauverwaltung nimmt gegebenenfalls an sie betreffenden Nachtragsverhandlungen teil. Vor der Genehmigung von Nachträgen durch die Gemeinde muss die schriftliche Zustimmung der Straßenbauverwaltung vorliegen. Die Gemeinde erstellt die erforderlichen Nachtragsvereinbarungen, -begründungen und Verhandlungsprotokolle. Bei einer Kostenüberschreitung wird die Straßenbauverwaltung – sobald diese absehbar ist – umgehend informiert.

§ 4

Oberflächenentwässerung

Fahrbahn und Haltestellenbuchten werden wie bisher entwässert. Sollten für die Entwässerung der Gehwege Änderungen oder Ergänzungen der Straßenentwässerung notwendig werden, sind die Kosten hierfür von der Gemeinde zu tragen.

§ 5

Änderung von Versorgungsleitungen

- 1 Die notwendigen Änderungen oder Sicherungen gemeindeeigener Versorgungsleitungen hat die Gemeinde durchzuführen. Sie hat auch die Änderungen oder Sicherungen von Versorgungs- und sonstiger Leitungen Dritter zu veranlassen.
Die Kostentragung richtet sich nach den vorhandenen vertraglichen Regelungen bzw. nach den sonstigen geltenden rechtlichen Bestimmungen.
- 2 Die Benutzung von Straßengrundstücken im Eigentum des Bundes für gemeindeeigene Leitungen (z.B. Breitbandkabelleerrohre) ist von der Gemeinde durch einen Straßenbenutzungsvertrag mit dem Landratsamt Ravensburg, Straßenbauamt gesondert zu regeln.

§ 6

Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen

- 1 Die Kostenregelung für Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen richtet sich nach § 5b StVG.

§ 7

Straßenbeleuchtung

Die Gemeinde trägt die Kosten für die Errichtung, Verlegung, Unterhaltung und den Betrieb der Straßenbeleuchtung.

§ 8

Verwaltungskosten

- 1 Die Straßenbauverwaltung vergütet der Gemeinde den Verwaltungsaufwand für die Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung, Abrechnung und Vertragsabwicklung mit einem Verwaltungskostenzuschlag von 8 % zu den auf die Straßenbauverwaltung entfallenden Baukosten (einschließlich Mehrwertsteuer).

§ 9

Zahlungspflicht und Abrechnung

- 1 Die Straßenbauverwaltung und die Gemeinde verpflichten sich, die nach dieser Vereinbarung auf sie entfallenden Kostenanteile zu übernehmen.
- 2 Die Abrechnung der Kosten der Gemeinschaftsmaßnahme obliegt der Gemeinde. Die Straßenbauverwaltung leistet entsprechend dem Baufortschritt auf Anforderung der Gemeinde Abschlagszahlungen. Nach Fertigstellung und Abrechnung der Baumaßnahme wird die Gemeinde der Straßenbauverwaltung eine prüffähige Abrechnung über die Maßnahme und den Kostenanteil der Straßenbauverwaltung übersenden.
- 3 Die Straßenbauverwaltung verpflichtet sich zur rechtzeitigen Zahlung der jeweils fälligen Rechnungsbeträge und Abschlagszahlungen. Die von ihr zu zahlenden Rechnungsbeträge werden 6 Wochen nach Anforderung fällig.

III. Baulast, Unterhaltung und Sonstiges

§ 10

Baulast und Unterhaltung nach Fertigstellung

1 Baulast

Die Straßenbauverwaltung trägt die Baulast (bauliche Änderung sowie Instandsetzung oder Erneuerung nach § 51(1) StrG) für:

- die Haltestellenbucht auf der Bundesstraße
- die Warteflächen auf einer Länge von jeweils 15 m sowie für den Busbord auf derselben Länge und
- den Radweg

Die Gemeinde trägt die Baulast (bauliche Änderung sowie Instandsetzung oder Erneuerung nach § 51(1) StrG) für:

- die Gehwege, auch als Zuwegung zu den Warteflächen
- die Straßenbeleuchtung und
- das Buswartehäuschen samt Möblierung

Ansonsten richtet sich die Straßenbaulast an den fertiggestellten Straßenteilen und Wegen nach den gesetzlichen Bestimmungen.

2 Unterhaltung / Verkehrssicherungspflicht / Winterdienst

Die Gemeinde verpflichtet sich zur Übernahme der Unterhaltung, der Verkehrssicherungspflicht, der Reinigung und des Winterdienstes auch auf der Wartefläche der Bushaltestellen.

§ 11

Schriftform

Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

§ 12

Zahl der Fertigungen

Die Vereinbarung wird vierfach gefertigt. Eine Fertigung erhält die Gemeinde Grünkraut, zwei Fertigungen sind für die Straßenbauverwaltung bestimmt und eine Fertigung erhält das Landratsamt Ravensburg, Straßenbauamt.

Anlagen

- Lageplan Vorentwurf M 1:250 vom 17.11.2020
- Zusammenstellung der Kostenschätzung vom 17.11.2020

Für die Straßenbauverwaltung:

Ravensburg, den
Regierungspräsidium Tübingen
Referat 47.3 - Straßenbau Süd

.....
Kristian Siebert
Baudirektor

Für die Gemeinde:

Grünkraut, den
Bürgermeisteramt

.....
Holger Lehr
Bürgermeister